



Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
DVR: 0000019

4. September 1995

Zl. 353.110/144-I/6/95

An den  
Präsidenten des Nationalrats  
Dr. Heinz FISCHER

XIX. GP.-NR  
1586 /AB  
1995 -09- 04

Parlament  
1017 W i e n

ZU 16 02 10

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Brinek und Kollegen haben am 11. Juli 1995 unter der Nr. 1602/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Erweiterung der OECD gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Ergebnisse des 34. Ministertreffens der OECD waren für Österreich von Interesse?
2. Welche Positionen wurden von Österreich vertreten?
3. Auf welche Weise wird Österreich an der Auseinandersetzung mit dem Problem der Überalterung der Gesellschaften teilnehmen?
4. Wurden von Österreich Initiativen unternommen, um die Aufnahme von Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei und Slowenien in die OECD zu erreichen?
5. Sind in der Bundesregierung diese Fragen von Ihnen besprochen worden?
6. Welche konzentrierten Maßnahmen, etwa mit dem Außen- und Wirtschaftsministerium, wurden hier eingeleitet?

- 2 -

7. Welche Initiativen sind seitens Ihres Ressorts noch geplant, um die OECD auch für Österreich stärker als bisher nutzbar zu machen?

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Bei der OECD-Ministertagung am 23./24. Mai 1995 wurden die Diskussionsbeiträge der Minister und das Ministerkommuniqué unter folgenden drei Themenschwerpunkten abgehandelt:

- Wachstum, Beschäftigung und sozialer Fortschritt
- Stärkung des multilateralen Handelssystems
- Die zukünftige Rolle der OECD

Die Ergebnisse der Ministertagungen werden jeweils im Ministerkommuniqué zusammengefaßt, das die Aufgabenverpflichtung der Minister unter Berücksichtigung der Einstimmigkeit der Beschlussfassung zum Ausdruck bringt. Im heurigen Kommuniqué wird die Themenvielfalt dadurch verdeutlicht, daß in 53 Paragraphen die Absichten und Aufgaben der OECD für das kommende Arbeitsjahr oder auch für einen längerfristigen Zeithorizont enthalten sind. Nur zwei davon befassen sich mit dem multilateralen Investitionsabkommen und den Konsequenzen des steigenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Es ist somit einsichtig, daß eine OECD-Ministerkonferenz in den seltensten Fällen eine Rezeptur für bestimmte Politikbereiche bringt, die von besonderem Interesse für ein einzelnes Land sind. Der Arbeitsstil der OECD ist auf Analyse und vergleichende Darstellung von gemeinsam erkannten Problemen ausgerichtet, sie empfiehlt Maßnahmen und überprüft deren Einhaltung, weil sie die Interessen aller Mitgliedstaaten zu berücksichtigen hat.

Wenn aus der Vielfalt einige Schwerpunkte hervorgehoben werden können, so gilt das zweifellos für die OECD-Beschäftigtenstudie, die nach einer zweijährigen Untersuchung nunmehr mit

- 3 -

einem Bericht zu Empfehlungen für die Mitgliedstaaten vorläufig abgeschlossen wurde. An das OECD-Sekretariat wurde der Auftrag erteilt, in den jährlichen Untersuchungen zu den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten die Umsetzung der Empfehlungen zu überprüfen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion betraf die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, die erhebliche Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Ländern haben könnten. Hier wurde den OECD-Staaten empfohlen, ihre Budgetpolitik besser in den Griff zu bekommen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die künftige demographische Entwicklung (Überalterung) erhebliche Rückwirkungen auf die Staatsfinanzen haben wird.

Von Bedeutung ist schließlich auch der Beschluß über die Verfahren, die zum Beitritt Koreas, Polens, der tschechischen Republik, der slowakischen Republik und Ungarns führen sollen.

Zu Frage 2:

An der diesjährigen OECD-Ministertagung nahmen Bundesminister Dr. Staribacher, Bundesminister Dr. Ditz und Staatssekretärin Mag. Ederer an der Spitze einer österreichischen Delegation teil.

Bundesminister Staribacher befaßte sich in seinen Ausführungen zum Themenkreis "Wachstum und Beschäftigung" zunächst mit der globalen wirtschaftlichen Entwicklung, die trotz günstiger Datenlage bei großen Bevölkerungskreisen auf zunehmende Skepsis stößt. Beweggründe für diese Tendenz könnten in der hohen Arbeitslosigkeit und in den Turbulenzen in den Finanzmärkten ausgemacht werden. Daher sei es unumgänglich, daß die OECD-Staaten ihre Budgetpolitik stärker als bisher konsolidieren. Weiters sei es notwendig, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik als komplementäre Politikbereiche gesehen werden. Notwendige Strukturreformen müßten auf ihre sozialen und verteilungspolitischen Folgewirkungen überprüft werden.

- 4 -

Bundesminister Dr. Ditz unterstrich in seinem Beitrag zum Thema "multilaterales Handelssystem" die Wichtigkeit des Kurses der internationalen Handelsliberalisierung. Österreich habe wie andere kleinere Volkswirtschaften durch die verstärkte Wirtschaftsverflechtung, die in Zukunft globale Ausmaße annehmen werde, beachtliche Wohlstandsgewinne lukriert. Auch er verwies auf die notwendigen internen Strukturanpassungen, deren Unterlassung zu unangenehmen Belastungen der öffentlichen Haushalte führen können.

Staatssekretärin Mag. Ederer verwies in ihrer Stellungnahme zum Themenbereich "Die Rolle der OECD" auf deren Charakter als Organisation mit großen und kleinen Mitgliedstaaten. Das von manchen Mitgliedstaaten für die Kooperation mit Nichtmitgliedstaaten unterstützte Konzept einer Beschränkung auf Hauptakteure in der Weltwirtschaft, beispielsweise China und Indien, wird als nicht zielführend erachtet. Weiterhin sollte die Organisation auch kleinere Volkswirtschaften als kooperationswürdig erachten, wenn sie gewissen Kriterien, wie demokratische Staatsform und Achtung der Menschenrechte, entsprechen. Der künftige Beitritt der PIT-Länder (Partners in Transition: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und Koreas wurde von ihr begrüßt, nach deren Aufnahme sollte jedoch der Beitritt weiterer Länder mit ähnlichen Wertesystemen - und hier wurde ausdrücklich Slowenien erwähnt - betrieben werden.

Zu Frage 3:

Seit Mitte der 80er Jahre beschäftigt sich die OECD mit den Problemen eines steigenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung in den Industriegesellschaften. Das OECD-Sekretariat erhielt den Auftrag, einen Bericht für die Ministertagung 1996 auszuarbeiten, der das Problem kohärent analysieren soll. Zur Zeit wird im OECD-Sekretariat an der Gliederung des Berichts und an der Methode der Datenverarbeitung gearbeitet, um die internationale Vergleichbarkeit sicher zu stellen. Nach

- 5 -

Vorliegen dieses Arbeitsprogramms werden die österreichischen Dienststellen in die weiteren Arbeiten eingebunden und an der Ausarbeitung des Berichts mitwirken.

Zur Frage 4:

Österreich zählt zu den OECD-Mitgliedstaaten, die seit dem Beginn des Reformprozesses in den angeführten Staaten eine Vertiefung und Verbreiterung der Kooperation nachdrücklich befürwortet haben.

Bei der Ministertagung 1994 setzte sich Österreich sehr energisch für eine Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit den PIT-Ländern ein. Seit Herbst 1994 sind nun die Beitrittsverhandlungen mit diesen Staaten im Gang und es kann erwartet werden, daß sie im Lauf des Jahres 1996 abgeschlossen sein werden. Österreich hat sich auch für eine verbesserte Kooperation mit Slowenien eingesetzt. Bedauerlicherweise stehen manche OECD-Staaten einer solchen Entwicklung reserviert gegenüber, sodaß bisher für Slowenien im Verein mit Bulgarien und Rumänien nur ein spezifisches Kooperationsprogramm seit 1995 in die Tat umgesetzt wird.

Zu den Fragen 5 und 6:

In allen wichtigen Fragen steht das Bundeskanzleramt laufend mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, dem Bundesministerium für Finanzen und je nach Fragestellung mit anderen Ministerien in Verbindung, um für die Einheitlichkeit der österreichischen Politik zu sorgen. Darüber hinaus werden vor OECD-Ministerratstagungen interministerielle Sitzungen abgehalten, um allen sachlich berührten Ressorts Gelegenheit zu schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen zu geben. Außerdem nehmen bei Ministertagungen neben Bundesministern und Staatssekretären Vertreter der anderen sachlich berührten Ressorts

- 6 -

teil. So besteht etwa bei der konkreten Fragestellung zur Unterstützung des möglichst raschen Beitritts der PIT-Staaten zur OECD bei allen Regierungsmitgliedern Einigkeit.

Zu Frage 7:

Die Themenvielfalt der OECD läßt sich dadurch verdeutlichen, daß mit Ausnahme des Bundesministeriums für Landesverteidigung alle anderen Ministerien - in einem mehr oder weniger starken Ausmaß - durch das Arbeitsprogramm der OECD betroffen werden. Es liegt daher weitgehend in der Ministerverantwortlichkeit, daß ein bestimmtes Thema in dem diesbezüglichen OECD-Gremium problematisiert wird. In weiterer Folge wäre es dann in das Arbeitsprogramm der OECD umzusetzen, das in einem zweijährigen Zyklus erstellt wird.

Wenn heute über österreichische Initiativen gesprochen wird, so sind sie vor allem retrospektiv zu bewerten. 1995 ist eine Bewertung der österreichischen Umweltpolitik durch ein OECD-Prüferteam abgeschlossen worden; der Bericht wird im Herbst der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Weiters ist zu erwähnen, daß im Rahmen der jährlichen Prüfung der österreichischen Volkswirtschaft für den Zeitraum 1995/1996 als Sonderthema das österreichische Gesundheitssystem analysiert und bewertet wird. Der Prüfbericht wird etwa im Mai 1996 erscheinen. Berichtenswert ist ferner, daß auf Initiative Österreichs innerhalb des OECD-Sekretariats die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen wurden, die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen vertieft zu analysieren, um Empfehlungen zur Herstellung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen zu erarbeiten. Österreich wird für die Entwicklung des ländlichen Raums seine Erfahrungen in Form einer Fallstudie zur Verfügung stellen.

